



## »Projekt ist ein Leuchtturm«

### Ärzte-Ausbildung startet

Bad Oeynhausen (cb). Die im Herbst startende Hochschul-Ausbildung von Medizinerinnen in Zusammenarbeit der Mühlenkreis-Kliniken (MKK), des Klinikums Herford und des Herz- und Diabeteszentrum ist für den SPD-Landtagsabgeordneten Christian Dahm ein »Leuchtturmprojekt«. Das Projekt in Kooperation mit der Ruhr-Uni Bochum werde vom Land mit sechs Millionen Euro gefördert. Es sei eine Chance, Minden-Lübbecke und Herford nach vorne zu bringen. »Es ist auch ein Ansatz zur Lösung des Hausärzteproblems«, sagte Dahm.

Zuvor hatte der ehemalige Stadtdirektor Klaus-Walter Kröll (Altstadt) während der Debatte in der Versammlung kritisiert, Bad Oeynhausen sei bei diesem Projekt nicht ausreichend berücksichtigt und »abgekoppelt« worden. Dem hielt der Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarze entgegen, dass erste Schritte der Ausbildung aktuell in Bad Oeynhausener Arztpraxen erfolgten und Krankenhaus und AVK über den MKK-Verbund einbezogen seien.

Die Enthüllungen zu den Panama-Papieren ordnete Dahm so ein: »Es ist unerträglich, wenn dem Staat so Steuermittel für Bildung und Straßenbau entzogen werden.« Dieses Thema habe die Debatten in Düsseldorf in dieser Woche geprägt.

Zum Bundesverkehrswegeplan sagte er: »Grundsätzlich profitieren NRW, OWL sowie Herford und Minden-Lübbecke.« Aber es stünden auch Straßen wie der B61-Ausbau im Plan, »wo sich etwas bewegen muss. Den Verlauf dürfen nicht die Planer festlegen. Der Wille der Bevölkerung und der Politik muss zum Tragen kommen.«

Zum geplatzten Prozess zum Love-Parade-Unglück meinte er: »Mit Kritik an der Justiz halte ich mich aus Respekt zurück.« Aber Bedenken müsse man äußern dürfen. »Bei Planung und Ausführung sind Fehler gemacht worden.« Wenn dafür niemand zur Verantwortung gezogen werde, »habe ich damit ein Problem«. Das Gericht sah Mängel bei einem Gutachten der Staatsanwaltschaft. Dahm: »Ich bin mir

nicht sicher, wie das weiter- und ausgeht.« Ein Opfer stammte aus Bad Oeynhausen.

Zur Silvesternacht in Köln attestierte er dem Innenminister eine klare Linie. Die Vorfälle würden aufgearbeitet. Es müsse eine strafrechtliche Verfolgung der Täter geben. Er setze auf den Untersuchungsausschuss. Auch um den Schriftverkehr zwischen Ministerium und Polizei werde es gehen.

Außer der Finanzierung durch das Land hob er zur Flüchtlingsfrage den Integrationsplan des Landes hervor. »Wir wollen in die Zivilgesellschaft integrieren.«